

# Von der Finanz- zur Sozialstaatskrise – Sachzwang ohne Alternativen?

Prof. Dr. Arne Heise  
Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien  
Universität Hamburg

1. Die Euro-Krise als Haushaltskrise
2. Sozialpolitik im europäischen Einigungsprozess
3. Empirie: Haushaltskonsolidierung in ausgewählten europäischen Ländern
  - Quantitative Evaluation
  - Steuerreformen
  - Sozialstaatliche Kürzungen/Reformen
4. Reformen der EU-Governancestruktur
5. Alternativen zur gegenwärtigen Politik
6. Ein kurzes Fazit

## Gliederung

- Die Skeptiker scheinen Recht zu behalten:
  - Unsolide Finanzpolitik in einigen EWU-Ländern **trotz SWP** gefährdet die Europäische Integration
  - Staatsbankrott nur abzuwenden durch:
    - \* Finanztransfers (Bail out)
    - \* Direkte oder indirekte Finanzierung durch EZB (monetäres Bail out)
    - \* Auflösung der EWU

## Die Euro-Krise als Haushaltskrise

- **Fehlinterpretation der Krise:**

- Auslöser der Haushaltsprobleme (nicht nur) der Eurozone ist die Weltfinanzkrise 2008/2009, die aufgrund notwendiger Bankenrettungs- und Konjunkturprogramme überall zu massiven Defiziten und starkem Anstieg der Verschuldung führte (z.B. Irland: -25,5% des BIP!!)
- SWP hat durchaus zu einer allgemeinen Konsolidierung der EU-Haushalte (Eurozone: -9,9%-punkte, OECD: -1,1 %-punkte) und einer Verhaltensänderung geführt
- **Die ‚Euro- bzw. Griechenland-Krise‘ ist keine** zwangsläufige Soll-Bruchstelle, sondern ein spekulativer Test auf die politische Verteidigungsbereitschaft
- **Notversorgung hat bislang geklappt, hat aber nicht zu einer ‚Beruhigung‘ der Märkte geführt**

## **Die Euro-Krise als Haushaltskrise**

## □ **Eigentliche Herausforderung der E(W)U liegt anderswo**

- Leistungsbilanzungleichgewichte haben sich seit EWU-Einführung dramatisch erhöht
- Korrelation von NLStK-, LB-Ungleichgewichts- und Haushaltsungleichgewichtsentwicklungen verweist auf strukturelle Ursachen
- Policy mix aus Geld- und Finanzpolitik hat sich **nicht als ‚funktional‘** (inflationstheoretisches Potentialwachstum) erwiesen

# **Die Euro-Krise als Haushaltskrise**

- Neben der ‚Notversorgung‘ (Abwendung der Illiquidität) bedarf es der mittelfristigen Konsolidierung (Abwendung der Insolvenz):
- Da die zugrundeliegende Finanzkrise insbesondere vom Finanz- und Bankensektor ausgelöst wurde, könnte man erwarten, dass dieser Sektor auch in besonderem Maße zur Finanzierung der Krisenkosten herangezogen wird: Bankenabgabe, Finanztransaktionssteuer, steigende Spitzensteuersätze

## Die Euro-Krise als Haushaltskrise

- Gerade nach der Weltfinanzkrise und der Euro-Krise könnte die Überwindung des ‚sozialen Defizits‘ im Rahmen eines ‚Europäischen Sozialmodells‘ zu einer **Legitimationsreserve** des europäischen Einigungsprozesses werden
- Auch die ‚Krise des Neoliberalismus‘ könnte eine **Re-Orientierung** der Sozialpolitik einleiten.
- Aber: Die Haushaltsdefizite und der Anstieg der Verschuldung belastet die sozialpolitische Diskussion zusätzlich und Haushaltskonsolidierung könnte zum nächsten **TINA-Imperativ** werden
- Und was bewirkt der erweiterte EU-Governanceprozess?

## Sozialpolitik im europäischen Einigungsprozess

- Ländervergleich
    - 7 Europäische Länder
    - Verschiedene Sozialmodelle
  - Sparmaßnahmen seit Ende 2008
    - Höhe (quant. Evaluation)
    - Art (qual. Evaluation)
- ➔ H: Konvergenz zu liberalen Modell –  
jedoch auch nationale Pfadabhängig

**Empirie**

Sparprogramme	D	ES	GR	GB	LET	RO	ISL
% des BIP	3,3	8,5	10,5	7,2	11,7	13,9	12
% des BIP pro Jahr	0,8	2-3	3	1,8-2	5,7	7	2,4
% des Sparprogramm							
Einnahmeerhöhung	33	41,2	42,9	31	45	15	36
Ausgabenkürzung	52	58,8	57,1	69	55	85	64

Quellen und Fußnote siehe: Heise und Lierse, 2011 S.33

## Ergebnisse: quantitative Evaluation

- Unterschiedliche Konsolidierungsausmaße
- Fokus auf Ausgabenkürzungen:

Kommission: „...*Konsolidierung über Einsparungseinschnitte (ist) effektiver und (hat) einen langfristigeren Effekt als eine Konsolidierung über Steuererhöhungen*“ (EU Finanzen, 2010 S.51).

- Dennoch: unterschiedliche nationale Präferenzen/Spielräume

**Ergebnisse: quantitative Evaluation**

in % des Sparprogramms	D	ES	GR	GB	LET	RO	ISL
Steuereinnahmen	33	41,2	42,9	31	45	15	36
Mehrwertsteuer	-	11,4	23,4	44,9	27,3	10	4,6
Einkommensteuer	-	-	k.D.	-1,56	9,6	-	32,3

Unternehmenssteuer

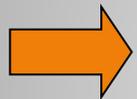
- LT: Senkung des Freibetrags
- GB: Anhebung des Freibetrags

Quellen und Fußnoten

**Ergebnis**

- Einführung von Transaktionssteuer (D)
- Bankenabgaben (GR/ GB / IS)
- Steuer für profitable Firmen (GR)
- Erhöhung Unternehmenssteuern (IS)
- Absenken Unternehmenssteuern (GB), für KMUs (ES)

- Fokus auf Mehrwert- und Verbrauchsteuern
- Kaum Gewicht direkter Steuern:
  - Transaktionssteuer, Bankenabgaben, Steuer für profitable Firmen, Erhöhung Unternehmenssteuern.
  - Absenken der Unternehmensbesteuerung
  - Veränderung des Einkommenssteuerfreibetrages



Zwischenfazit: Keine Umverteilungseffekte von oben nach unten (evtl. Ausnahme: IS)

**Ergebnisse: Steuerreformen**

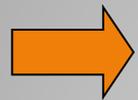
	Regierung	% des Sparpr.	Rente	Gesu.	Andere Kürzungen
<b>BRD</b>	Liberal-konservativ	34	-	x	Elterngeld, Rentenbeitrag / Heizungsgelder für Hartz IV.
<b>GR</b>	Sozialdem.	k. A.	x	x	
<b>IS</b>	Links-Grün	15,6	x	x	Kinder- und Elterngeld
<b>LTL</b>	Mitte-Rechts	14,8	x	x	Kinder-, Eltern-, Arbeitslosen- und Krankengeld
<b>RO</b>	Mitte-Rechts	k. A.	x	x	15% aller Transfers
<b>ES</b>	Sozialdem.	5,4	x	x	Kindergeld, Baby-Cheque
<b>GB</b>	Liberal-konservativ	21,9	x	-	Wohnungs- und Kindergeld

## Sozialst. Kürzungen/ Reformen

- Rentenreform
  - uniforme Rentensysteme, individuelle Beitragsäquivalenz, Erhöhung des Rentenalters, Anhebung minimale Einzahlungsdauer.
- Gesundheitsreformen
  - Preisdecklungen von Arzneien, Reduzierung staatlicher Dienstleistungen und Krankenhäusern, individuelle Zuzahlungen, Private Dienstleistungen.
- Arbeitsmarktreform
  - Sanktionen und Leistungsabbau, damit sich »Arbeit immer auszahlt« (Finanzplan UK 2010).

**Sozialst. Kürzungen/ Reformen**

- Unterschiedliche Konsolidierungsausmaße
- Fokus auf Ausgabenkürzungen
- Kein verteilungspol. Ausgleich



Krise als Katalysator und Legitimator  
regressiver Sanierungspolitik

- Glaubwürdigkeit am Finanzmarkt
- Wettbewerbsfähigkeit
- Wirtschaftswachstum
- **„Wohlfahrtsabhängigkeit“**
- Eigenverantwortung und Freiheit
- Anreize zur arbeitsmarktlichen Teilnahme

**Zusammenfassung der Ergebnisse**

- **Verschärfung des ESWP**

- präventiver Arm: nicht nur Defizit, sondern auch Schuldenstand soll überprüft werden
- Korrektiver Arm: quasi automatische Sanktion durch ‚umgedrehte Mehrheit‘
- Demokratietheoretisch fragwürdiges Verfahren
- Weitere Einschränkung des Flexibilitätsspielraums
- Starker Druck auf Ausgabenseite der Nationalstaaten
- Stagnationsklima, wenn E(W)U-weite Strategie

## **Reformen der EU-Governance-Struktur**

## • Euro-Plus-Pakt (EPP)

- Überwachung der Ungleichgewichte und Wettbewerbsfähigkeit in der E(W)U mittels eines Indikatorenkatalogs
- Empfehlungen der EU-Kommission insbesondere hinsichtlich Lohnentwicklung, Sozialausgaben, Arbeitsmarktinstitutionen
- verbindliche Selbstverpflichtungen der MS
- Richtige Problemorientierung
- Recht einseitige Problembehandlung (Defizitländer)
- Tinbergen-Problem
- Trotz Sanktionslosigkeit werden neue TINA-Imperative aufgebaut

## Reformen der EU-Governance-Struktur

- **Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM)**
  - Perpetuierung und Erhöhung (wenn IWF-Anteil verbleibt) des ‚Euro-Rettungsschirms‘
  - Konditionierte, Ultima Ratio-Liquiditätshilfe
- Beistandsmechanismus ohne Aufgabe der ‚No-Bail out‘-Klausel
- ‚Vergemeinschaftung‘ gemeinschaftlicher Risiken (Zinsdifferentiale nicht mehr durch Ausfallrisiko erklärbar, sondern implizieren Spekulation auf Auseinanderbrechen der Euro-Zone)
- Zinssanktion verhindert Anreizprobleme

## Reformen der EU-Governance-Struktur

- **Europäisches Semester**

- Verzahnung der verschiedenen EU-Berichts- und Monitoring-Prozesse (Integrierte Leitlinien, Stabilitätsberichte, Selbstverpflichtungen) und der nationalen Budgetprozesse
- Größere Konsistenz
- Stärkere Beeinflussung der nationalen Wi.- und Fi.-Politiken

## **Reformen der EU-Governance-Struktur**

- **Ziele der EU-Politik müssen sein:**

1. Kurzfristig:

- Notversorgung: Sicherung der Liquidität für alle Euro-MS zu vernünftigen Konditionen

2. Langfristig:

- Wachstumsförderung
- Haushaltskonsolidierung
- Abbau der inneren Spannungen
- Förderung der sozialen Kohäsion

Nebenbedingung:

**„Soziales Lernen“: Politische Reformen, wenn**  
bisherige Politik nicht zielkonform

**Alternativen zur gegenwärtigen  
Politik**

## 1. Kurzfristig:

- Vergesellschaftung der ‚Gemeinschaftskosten‘ durch Eurobonds im Rahmen des ESM ohne Deckelung
- Rückgriff auf die EZB als ‚lender of last resort‘
- keine weiteren Zugeständnisse (Sparrunden) an die Finanzmärkte

**Alternativen zur gegenwärtigen Politik**

## 2. **Langfristig:**

- eine bessere Makroabstimmung durch Aufwertung des Europ. Makrodialogs (EMD)
- Reformierung des SWP
- **Öffentliches Investitionsprogramm („New Deal“)**
- Reformierung des EPP (Symmetrie)
- Stärkung der Tarifautonomie bei gleichzeitiger Verstärkung der europ. Kooperation
- **Umsetzung des ‚Korridor-Modells‘**
- Einstieg in eine Transferunion
- Schaffung einer Europäischen (Wirtschafts-)Regierung (Politische Union)

**Alternativen zur gegenwärtigen Politik**

- Sozialstaatlichkeit wird überall in Europa unter **ökonomischen und fiskalischen Prioritäten** diskutiert
- Die unkoordinierten Sparprogramme überall in der EU drohen endgültig, die europäische Referenz von wirtschaftlicher Entwicklung und Sozialstaatlichkeit zu unterminieren – insbesondere weil der **Mythos** von der Konsolidierung mittels **Ausgabenkürzungen** fröhliche Urstände feiert
- Die **„absurde Austeritätspolitik“** (Arestis/Pelagidis) bedroht nicht nur die Haushaltskonsolidierung, sondern den **„Europäischen Sozialstaat“**
- Die **EU-Governance-Erweiterungen** sind ohne ausreichenden politischen Rückkopplungsprozess **„durchgepeitscht“** worden
- Ein **wirtschaftspolitischer Paradigmenwechsel** („social learning“) nicht erkennbar. Vielmehr bekommen hier **„Old Views“** des **„Krisenvorbereitungs-Mainstreams“** quasi-konstitutionellen Rang
- Die Neoliberalisierung der EU feiert fröhliche Urstände
- Ernsthafte Lösungen der EU-Probleme – Arbeitslosigkeit, Armut, öffentliche Infrastrukturen, Ungleichgewichte, Haushaltsschiefenlagen – sind nicht erkennbar.
- Es bedarf einer weitgehenden **Veränderung der Integrationsarchitektur**

## Ein kurzes Fazit